

ANTRAG

Landkreis Göttingen wendet sich gegen das Atommüllendlager Asse II bei Wolfenbüttel; hier: Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke. vom 14.02.2007

Beschlussvorschlag:

1. Im Rahmen seiner Vorsorgepflicht wendet sich der Landkreis Göttingen gegen das Verfüllungs- und Flutungskonzept des Atommüllendlagers Asse II, da mit diesem Konzept das Risiko einer radioaktiven Verseuchung von Luft, Wasser und Boden und damit eine erhebliche Gesundheitsbeeinträchtigung der Einwohner/innen im Landkreis Göttingen, im Regionalverband Südniedersachsen sowie in der Metropolregion Hannover - Braunschweig - Göttingen verbunden ist. Gleichzeitig schließt er sich der Resolution (siehe Anlage) an, die der Wolfenbütteler Kreistag in seiner Sitzung am 20. März 2006 zur Schließung der Schachtanlage Asse II in Remlingen verabschiedet hat.
2. Im Rahmen der Kreisgrenzen übergreifenden Zusammenarbeit im Regionalverband Südniedersachsen e.V. sind die Kommunalen Mitglieder des Regionalverbandes vom Beschluss 1. und von der Begründung zu unterrichten.
3. Die in der Metropolregion Hannover - Braunschweig - Göttingen eingebundenen Partner sind vom Beschluss 1. und von der Begründung zu unterrichten.

Begründung

Im Salzbergwerk ASSE II im Landkreis Wolfenbüttel lagern seit den 1970er Jahren über 100.000 Gebinde mit schwach- und mittelaktivem Atommüll, darunter auch das hochgefährliche Plutonium und andere langlebige Transurane. Durch ständige Wassereinbrüche (z. Zt. etwa 12 Kubikmeter pro Tag) ist die Standsicherheit des unterirdischen Grubengebäudes nicht mehr gewährleistet.

Um den Zusammenbruch der Grube zu verhindern, ist eine Verfüllung mit Salzgrus und wässriger Salzlauge vorgesehen. Damit besteht die Gefahr, dass unter Einwirkung der Salzlauge die Fässer durchkorrodieren und mit dem radioaktiven Inventar in Kontakt kommen.

Strahlenchemische Reaktionen mit Bildung von giftigen, brennbaren und explosiven Gasen sind dann unvermeidbar. Durch den Druckaufbau können kontaminierte Flüssigkeiten bis in den Grundwasserbereich gepresst werden. Auch der Austritt von radioaktiven Gasen und radioaktiven Feinstäuben über Klüfte und Spalten und eine oberirdische Ausbreitung und Vermischung mit der Atmosphäre ist möglich.

Die Betreiber haben aus Kostengründen eine Alternative, nämlich die Bergung und Zwischenlagerung des radioaktiven Inventars in standsicheren Bereichen verworfen.

Die Metropolregion und damit der gesamte Bereich des Regionalverbands Südniedersachsen ist von der vorgesehenen Maßnahme betroffen.

Für den Landkreis geht die größte Gefahr von einer Verseuchung des Grundwassers aus. Über die Grundwasserströmungen und über die Ausbreitung von radioaktiven Schadstoffen im Grundwasser ist großräumig wenig bekannt. Alle bisherigen Flutungsexperimente zeigen, dass früher oder später Kontakt zu den Grundwasserleitern auftritt.

Die hydrologischen, hydromechanischen und hydrochemischen Prozesse sind deshalb so komplex, weil es große zeitliche Schwankungen des Grundwasserspiegels gibt und weil mehrere Grundwasserhorizonte existieren, die in der Regel miteinander in Verbindung stehen. Strömungs- und Transportmodellierungen sind nur dann erfolgreich, wenn umfangreiche hydrogeologische Daten für den gesamten Raum vorliegen. Zur Bewertung radioaktiver Inhaltsstoffe im Grundwasser sind fundierte hydrogeochemische Kenntnisse erforderlich. Bisher existieren weder die Daten noch ausreichende Kenntnisse!

Es ist bekannt, dass Trink- und Bewässerungswasser aus den höheren und Mineralwasser aus den tiefer gelegenen Aquiferen gewonnen wird. Gemessene Fließgeschwindigkeiten des Grundwassers liegen zwischen 1 m pro Tag und mehreren km pro Tag. Selbst wenn man von einer minimalen Fließgeschwindigkeit von 1 m ausgeht, so bedeutet das, dass innerhalb von 100 Jahren ca. 40 km zurückgelegt werden. In dieser Zeit ist die Aktivität der langlebigen Radionuklide unverändert.

Die Bedrohung des Grundwassers als Trinkwasserressource wird deutlich, wenn man bedenkt, dass z. B. 1 Gramm Plutonium (das Volumen eines Stecknadelkopfes) 100 Millionen Liter Wasser radioaktiv verseuchen kann. Gegen radioaktive Verseuchung sind auch die besten Verfahren der Wasseraufbereitung praktisch machtlos.

Falls das o.g. Flutungskonzept verwirklicht wird, muss die langzeitliche Entwicklung und die irreversible Qualitätsveränderung der Trinkwasserressourcen und die Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen mit großer Sorge betrachtet werden.

Anlage

Einstimmig hat der Wolfenbütteler Kreistag in seiner Sitzung am 20. März die folgende Resolution zur Schließung der Schachtanlage Asse II in Remlingen verabschiedet:

"Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel sowie die Räte der Samtgemeinden Asse und Schöppenstedt verabschieden die nachfolgende Resolution zur Schließung der Schachtanlage Asse II in Remlingen:

- Ziel ist, die Belastungen für die Bevölkerung und die Umwelt zu minimieren. Durch eine unverzügliche Erarbeitung eines Optionsvergleichs und eine zügige Erstellung eines Abschlussbetriebsplanes sowie die Beschränkung der vorab durchzuführenden Maßnahmen auf das notwendige Maß ist sicherzustellen, dass vor der Genehmigung des Abschlussbetriebsplanes keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Es ist umfassend zu untersuchen, wie und wo die in der Asse eingelagerten radioaktiven Abfälle langfristig und sicher zu entsorgen sind.
- In verschiedenen Veranstaltungen ist von allen Beteiligten zugesagt worden, dass das bergrechtliche Genehmigungsverfahren für den Abschlussbetriebsplan auf freiwilliger Basis so ergänzt werden soll, dass es materiell einem atomrechtlichen Verfahren entspricht. Diese Zusage ist vor Beginn des Verfahrens zwischen allen Beteiligten schriftlich zu vereinbaren, andernfalls wird gefordert, die Schließung der Asse II nach Atomrecht durchzuführen.
- Es ist zu gewährleisten, dass langfristig alle relevanten Parameter im Bereich der Schachtanlage sowie in der Umgebung gemessen werden, um die chemischen und physikalischen Veränderungsprozesse rechtzeitig erfassen zu können.
- Die Bundesrepublik Deutschland wird aufgefordert, das Endlager auf Dauer zu betreiben und auf der Schachtanlage Asse II eine Informationsstelle einzurichten, um die Bevölkerung auch nach der Schließung des Bergwerkes über die Einlagerung von radioaktiven Stoffen zu informieren."

Derzeitige Beratungsfolge:

Kreistag	28.02.2007	_____
Umweltausschuss	11.04.2007	_____
Kreisausschuss	08.05.2007	_____

Kreistag

09.05.2007
